

Herr Tsapos
Herr Weber, H.-J.
Frau Weißenfeld

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Frau Dr. Schulze (Fraktionsvorsitz)
Herr Bolte, M.
Herr Gutknecht
Frau Keppler
Frau Dr. Ober
Frau Rathsmann-Kronshage
Herr Rees
Herr Dr. van Norden

BfB

Frau Becker
Herr Delius
Herr Spiegel von und zu Peckelsheim

FDP

Herr Buschmann
Herr Bolte, F.

Die Linke

Frau Niemeyer
Frau Schmidt

Bügernähe

Herr Schmelz
Herr Dr. Wixforth

Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Löseke
Frau Beigeordnete Ritschel
Herr Beigeordneter Moss
Herr Beigeordneter Kähler

Frau Bockermann	Presseamt
Frau Schulte-Döinghaus	Presseamt
Herr Döding	Büro Oberbürgermeister
Frau Stude	Büro des Rates, Schriftführung
Frau Gottwald	Büro des Rates
Herr Kricke	Büro des Rates

Abwesend:

Herr Bürgermeister Helling	CDU
Herr Scholten	CDU
Herr Garbrecht	SPD
Herr Geil	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Schulze (Fraktionsvorsitz)	BfB
Frau Pohlreich	

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 4 Abs. 5 GeschO):

Herr Dr. Kerbein	Geschäftsführung FDP
Herr Hölscher	Geschäftsführung Bügernähe

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister David eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.
Zur Tagesordnung gibt es keine Anmerkungen.

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Ratssitzung am 10.09.2009**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 10.09.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **Dezentrale Energieerzeugung durch die Stadtwerke Bielefeld GmbH**
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.09.2009)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7436/2004-2009

Frau Dr. Schulze (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den folgenden Antrag ihrer Fraktion:

1. *Die Stadtwerke Bielefeld GmbH werden gebeten, ein Konzept für eine dezentrale Energieversorgung der Stadt Bielefeld mit kleinen Blockheizkraftwerken zu erarbeiten und dem Aufsichtsrat sowie dem Rat der Stadt Bielefeld vorzulegen.*
2. *Das Konzept soll mit einem Investitionsplan und einem Realisierungsplan unterlegt werden.*
3. *Das Konzept soll unter Einbeziehung der BGW und ggf. weiterer Wohnungsgesellschaften erarbeitet werden.*

Sie berichtet, dass der Ökostromanbieter „Lichtblick“ auf der Basis eines Vertrages mit VW 100.000 kleine Blockheizkraftwerke (30 KW el. und 34 KW therm.) als sogenannte „ZuhauseKraftwerke“ anbiete, die den CO₂-Ausstoß gegenüber herkömmlicher Wärme- und Stromproduktion um bis zu 60% verringern würden. Aufgrund des erheblichen Modernisierungsbedarfs an Gebäudeheizungen ergebe sich ein großes Marktpotential, sodass „Lichtblick“ nach den ersten Installationen in Hamburg auch bundesweit aktiv sein werde. Das Produkt des Unternehmens sei für Jeden interessant und erfülle genau die Anforderungen, die der Sachverständigenrat für Umweltfragen als Strategie für die Zukunft beschreibe. Die Stadtwerke Bielefeld GmbH müsse schnell reagieren, um den Einstieg in den neuen Markt nicht zu verpassen und die Wirtschaftlichkeit der konventionellen Kraftwerke aufgrund des Ausbaus erneuerbarer Energien zu verbessern. Unter Beachtung der Prämisse, Strom auch weiterhin durch die Stadtwerke Bielefeld GmbH erzeugen zu lassen, müsse die Stadtwerke Bielefeld GmbH auf die veränderte Marktsituation reagieren und schnell zukunftsfähige Konzepte entwickeln, zumal auch die heutigen Erzeugungskapazitäten des AKW Grohnde und der Kraftwerke in Veltheim in den nächsten Jahren ersetzt werden müssten. Die Stadtwerke Bielefeld GmbH habe die Kompetenz und könne in Kooperation mit Tochterunternehmen wie z.B. der BGW in wenigen Jahren eine dezentrale Erzeugungskapazität in einem größeren Umfang schaffen. Ihre Fraktion wisse, dass dieser Weg einen Abschied von der Stromerzeugung in Großkraftwerken bedeute, sei aber auch sicher, dass sich die Stadtwerke Bielefeld GmbH mit der Umsetzung dieser Idee einen Zukunftsmarkt sichern und ihren Marktanteil als Energiedienstleister erheblich ausbauen könne.

Herr Hamann (SPD-Fraktion) geht auf den Änderungsantrag seiner Fraktion vom 06.12.2009 ein:

Die Stadtwerke Bielefeld GmbH werden gebeten, ein Konzept zum Ausbau der dezentralen Energieversorgung (Strom und Wärme) unter Berücksichtigung der projektspezifischen Wirtschaftlichkeit insbesondere mit kleinen Blockheizkraftwerken zu erarbeiten.

Das Konzept soll einen Investitions- und Realisierungsplan umfassen.

Er betont, dass es wichtig sei, dass die Bielefelder Kundinnen und Kunden bei der Stadtwerken Bielefeld GmbH verblieben, was letztlich über die Preise gesteuert werde. Die Stadtwerke Bielefeld GmbH müsse weiterhin in der Stromerzeugung tätig bleiben und den Strom nicht nur in der Stadt Bielefeld, sondern bundesweit anbieten, denn nur so könnten auch die öffentlichen Nahverkehrssysteme finanziert werden. Für Bielefeld sei die Frage des Energiemixes maßgebend. Die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagene Erarbeitung des Konzeptes für dezentrale kleine Blockheizkraftwerke sei in dieser Form nicht richtig, da - bevor der Rat über das Vorgehen entscheide - die Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit geprüft werden müsse.

Herr Nettelstroth (CDU) verweist auf den Änderungsantrag seiner Fraktion vom 08.12.2009:

1. *Die Stadtwerke Bielefeld werden gebeten, eine dezentrale Energieversorgung der Stadt Bielefeld mit Blockheizkräften und Zuhausekraftwerken zu prüfen.*

2. *Die Prüfung soll unter Einbeziehung der BGW und ggf. weiterer Wohnungsgesellschaften erfolgen.*
3. *Das Ergebnis der Prüfung ist nach Anhörung des Aufsichtsrates der Stadtwerke, des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses dem Rat der Stadt zur Beratung vorzulegen.*

Auch seine Fraktion spreche sich für einen Prüfauftrag aus, da zuvor Rahmenbedingungen und die strategische Ausrichtung der Stadtwerke Bielefeld GmbH geklärt werden müssten. Die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagene Energieversorgung mit kleinen Blockheizkraftwerken könne ggf. ein Baustein eines zu beschließenden Gesamtkonzeptes bilden. Er plädiere dafür, in einer Sitzungsunterberechnung einen gemeinschaftlichen Prüfauftrag zu formulieren. Bei der Prüfung sollten auch die Wohnungsbaugesellschaften und Organisationen wie z.B. Haus und Grund einbezogen werden.

Herr Buschmann (FDP-Gruppe) erläutert den Änderungsantrag seiner Gruppe vom 06.12.2009:

Die Verwaltung der Stadt wird gebeten ein realisierbares Konzept zur dezentralen Energieversorgung unter Einbeziehung von Blockheizkraftwerken zu erarbeiten und unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten zu bewerten. Das Konzept kann mit Hilfe der Wohnungsgesellschaften und größerer Verbraucherguppen erarbeitet werden.

Seiner Gruppe komme es darauf an, dass die Federführung für den unbedingt notwendigen Prüfauftrag nicht die Stadtwerke Bielefeld GmbH, sondern die Stadt Bielefeld erhalte, damit die Stadtwerke Bielefeld GmbH als wesentlich Betroffene nicht über ein Konkurrenzunternehmen urteile. Die Stadtwerke Bielefeld GmbH dürfe als leistungsfähiger Energieerzeuger nicht gefährdet werden. Die Sachlage müsse überprüft werden mit dem Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern ein attraktives Angebot zu unterbreiten.

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) sieht in dem Angebot von „Lichtblick“ eine ernst zunehmende Konkurrenz für die Stadtwerke Bielefeld GmbH, weshalb seine Gruppe den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen oder einen ähnlichen Antrag unterstütze. Er empfiehlt der Stadtwerke Bielefeld GmbH, ein regionales Entwicklungskonzept anzustoßen. Mittel- bis langfristig müsse auch für Bielefeld eine umwelterträgliche Energieversorgung durch ein Netzwerk einer 100% erneuerbaren Energieregion OWL geschaffen werden. Er verweist auf das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie geförderte Projekt „E-Energy“, das zum Leuchtturmprojekt ernannt worden sei und an dem sich die Stadtwerke Bielefeld GmbH beteiligen sollte.

Frau Schmidt (Gruppe Die Linke) befürwortet ein Konzept mit dezentraler Energieerzeugung um die Energieeffizienz zu erhöhen und damit den Klimawandel zu stoppen. Um die eigene Position zu stärken und um zukunftsfähig zu werden, müsse die Stadtwerke Bielefeld GmbH einen Rollenwechsel vornehmen.

Nach weiteren Wortbeiträgen von Frau Dr. Schulze (Bündnis 90/Die Grünen) und Herrn Hamann (SPD-Fraktion) wird die Sitzung auf Vorschlag von Herrn Nettelstroth unterbrochen.

-:-
Die Sitzung wird von 17:35 Uhr bis 17:45 Uhr unterbrochen.
-:-

Aufgrund des in der Sitzungspause erarbeiteten Beschlussvorschlages, den Frau Dr. Schulze vorträgt, fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Die Stadtwerke Bielefeld GmbH werden gebeten, ein Konzept zum Ausbau der dezentralen Energieversorgung (Strom und Wärme) unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit zu erarbeiten.
2. Das Konzept soll mit einem Investitionsplan und einem Realisierungsplan unterlegt werden.
3. Das Konzept soll unter Einbeziehung der BGW, weiterer Akteure sowie Haus und Grund erarbeitet werden.
4. Das Ergebnis der Prüfung ist nach Anhörung des Aufsichtsrates der Stadtwerke, des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses dem Rat der Stadt zur Beratung vorzulegen.

- bei zwei Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-:-

Zu Punkt 5

Wahl eines Beigeordneten für das Dezernat 2 und Bestellung zum allgemeinen Vertreter des Oberbürgermeisters

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7452/2004-2009

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Entscheidung über die Besetzung der Stelle des Beigeordneten für das Dezernat 2 dem neu gewählten Stadtrat zu überlassen. Er betont, dass er damit nicht die Kompetenzen von Herrn Hintzsche in Frage stellen wolle. Wegen des zunehmenden Haushaltsdefizits und des drohenden Haushaltssicherungskonzepts sollten jedoch die Absprachen über die Anzahl der Beigeordneten unter den geänderten Rahmenbedingungen überdacht werden. Diese wichtige personelle Entscheidung sollte dem neu gewählten Rat vorbehalten werden.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag der Gruppe Bürgernähe vom 07.10.2009:

Der Rat der Stadt Bielefeld überlässt die Entscheidung über die Besetzung der Stelle eines Beigeordneten für das Dezernat 2 dem neu gewählten Stadtrat.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Ohne weitere Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt wählt Herrn Burkhard Hintzsche unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 8 Jahren zum Beigeordneten.
2. Herr Burkhard Hintzsche wird zum allgemeinen Vertreter des Oberbürgermeisters mit der Amtsbezeichnung „Erster Beigeordneter“ unter Einweisung in ein Amt der Besoldungsgruppe B 6 Bundesbesoldungsgesetz bestellt.

- bei 5 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

Herr Hintzsche bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen und verspricht, immer sachorientiert mit dem Rat und dem Verwaltungsvorstand zusammenzuarbeiten.

Zu Punkt 6

Abschluss einer öffentlichen-rechtlichen Vereinbarung zur Bildung eines Einheitlichen Ansprechpartners in OWL im Rahmen der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EUDLR)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7395/2004-2009

Ohne Aussprache fast der Rat folgenden

Beschluss:

Vorbehaltlich des Inkrafttretens des Gesetzes über die Bildung einheitlicher Ansprechpartner in Nordrhein-Westfalen wird die Verwaltung beauftragt, die als Anlage 1 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung abzuschließen.

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

Zu Punkt 7

Neupositionierung der OWL Marketing GmbH

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7227/2004-2009

Aufgrund der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses, die auf einem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen basiert, fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Der Rat begrüßt die Überlegungen zu einer Neustrukturierung der OstWestfalenLippe Marketing GmbH und nimmt das Regionalkonzept „Perspektive OstWestfalenLippe 2020“ zur Kenntnis.
2. Vor einer endgültigen Beschlussfassung soll jedoch vom Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung der OWL-Marketing GmbH versucht werden, weitere Städte sowie Hochschulen u. a. als Partner für die Neustrukturierung zu gewinnen.
3. Die Rolle der OWL Marketing GmbH als Bündelungs- und Regionalmanagementorganisation für die genannten Bereiche sowie den Bereich Tourismus soll stärker herausgearbeitet werden. Überschneidungen zu bereits existierenden regionalen Netzwerken sollen reduziert werden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

Übernahme des Geschäftsanteils an der OWL Marketing GmbH durch die Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7261/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

1. zum 01.01.2010 die Übernahme des Geschäftsanteils über 7,14 % an der OWL Marketing GmbH in Höhe von 2.050,00 € zum Kaufpreis in selbiger Höhe von der Bielefeld Marketing GmbH unter der Voraussetzung,
 - a. dass zuvor die Verpflichtung der Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH gegenüber der Bielefeld Marketing GmbH zur Zahlung eines Gesellschafterzuschusses um jährlich 53.430 € verringert wird
 - b. dass die daraus resultierenden finanziellen Verpflichtungen für die Stadt Bielefeld den bisher üblichen Rahmen von 53.430 € nicht wesentlich übersteigen.
2. den Oberbürgermeister anzuweisen, die in den Gesellschaftergremien der Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH und der Bielefeld Marketing GmbH für den Kaufvertrag und in diesem Zusammenhang erforderlichen Beschlüsse einholen zu lassen und den Übernahmevertrag zu schließen.
3. die Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Bielefelder

Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH anzuweisen, ab dem Jahr 2010 den Ausschüttungsbetrag an die Stadt Bielefeld um den bisher mittelbar geflossenen Gesellschafterzuschuss an die OWL Marketing GmbH in Höhe von 53.430 € zur Refinanzierung der finanziellen Verpflichtungen der Stadt Bielefeld zu erhöhen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung 2008 des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7150/2004-2009

Herr Dr. van Norden (Bündnis90/Die Grünen) bittet darum, hinsichtlich der Ergebnisverwendung auch auf die Risiken zu achten und insbesondere das strukturelle Defizit zu beobachten. Im Hinblick auf die Gebührenstabilität dürfe nicht zu stark in die wirtschaftliche Substanz des Umweltbetriebes eingegriffen werden. Es müsse eine Balance zwischen den Erfordernissen des kameralen Haushalts und dem, was der Umweltbetrieb leisten könne, gefunden werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt, den in der Bilanz zum 31.12.2008 ausgewiesenen Gesamtgewinn in Höhe von 6.356.668,74 € entsprechend den Sparten-Ergebnissen gem. Anlage 1 der Vorlage zu verwenden.

Der Rat beschließt, die gebührenrechtliche Unterdeckung der Stadtentwässerung durch eine Entnahme aus der Gebührenrücklage in Höhe von 1.199.658,47 € auszugleichen.

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-.-.-

Zu Punkt 10

Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für die Produktgruppe 11.03.01 "Bereitstellung schulischer Einrichtungen" zur Förderung der beruflichen Qualifizierung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (hier: Maßnahmen an den städt. Berufskollegs)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7240/2004-2009

Ohne Aussprache fast der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW eine Nachbewilligung im Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.03.01 „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“:

Im für das BK-Investitionsprogramm neu gebildeten PSP-Element: 11.03.01.07.0001 werden auf dem Sachkonto 41410007 „Zuweisungen vom Land zu Festwert Schule“ 3.081.129 € und auf dem Sachkonto 54310150 „Fortschreibung Schulen Festwert“ 3.423.546 € außerplanmäßig bereitgestellt.

Die Mehraufwendungen für den städt. Eigenanteil in Höhe von 342.417 € werden innerhalb der Produktgruppe (PSP 11030107 / SK 54310150) durch dort bereits eingeplante Mittel für die Verbesserung der Ausbildungssituation Jugendlicher in Höhe von 1.128.300 € gedeckt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Budgetneutrale Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für den Abriss des Pavillons und den Neubau eines Ersatzgebäudes der städtischen Erziehungshilfeeinrichtung "Rolf-Wagner-Haus"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7353/2004-2009

Ohne Aussprache fast der Rat folgenden

Beschluss:

Zur Finanzierung des Abrisses des Pavillons der städtischen Erziehungshilfeeinrichtung „Rolf-Wagner-Haus“ sowie zum Neubau eines Ersatzgebäudes werden außerplanmäßig 185.000 EUR im Bereich der Produktgruppe 11 06 02 „Förderung von Familien“ und dort bei dem Produkt 11 06 02 03 „Hilfen zur Erziehung außerhalb von Familien“, Unterprodukt 11 06 02 03 0004 05 „Rolf-Wagner-Haus“ auf dem Sachkonto 53150060 „Zuschüsse an Sondervermögen“ bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe aus den insgesamt in Höhe von 600.000 EUR für die Sanierung der städtischen Kindertageseinrichtungen und Heimen zur Verfügung stehenden Mittel (Produktgruppe 11 06 01 „Förderung von Kindern/Prävention“, Kostenstelle 510500 „Geschäftsbereich städtische Tageseinrichtungen für Kinder“, Sachkonto 53150060 „Zuschüsse an Sondervermögen“).

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Konjunkturpaket II - Umsetzung der Maßnahmen "Sanierung der Kita Stadtheider Straße" und "Neubau Kita Oberlohmannshof"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7447/2004-2009

Ohne Aussprache fast der Rat folgenden

Beschluss:

1. Die Sanierung der Kita „Stadtheider Straße“ mit einem Kostenvolumen von 400.000 € wird - entgegen der ursprünglichen Planungen - nicht aus Mitteln des Konjunkturpakets II finanziert. Stattdessen erfolgt die Umsetzung der Maßnahme aus Mitteln der Bildungspauschale in gleicher Höhe, die ursprünglich für die anteilige Mitfinanzierung des „Neubau Kita Oberlohmannshof“ vorgesehen waren.
2. Die ehemals für die Sanierung der Kita „Stadtheider Straße“ vorgesehenen Mittel in Höhe von 400.000 € aus dem Konjunkturpaket II werden im Gegenzug für die Mitfinanzierung der Maßnahme „Neubau Kita Oberlohmannshof“ verwendet.

Die Maßnahme wird unter Berücksichtigung der jeweils bekannten Voraussetzungen und Einschränkungen aus Mitteln des Konjunkturprogramms II gefördert. Zur Finanzierung der Maßnahme wird der erforderliche Betrag außerplanmäßig nachbewilligt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen in gleicher Höhe aus den Zuweisungen aus dem Konjunkturpaket II.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 13

Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung der wegen des "A2-Blitzers" entstehenden Portokosten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7448/2004-2009

Ohne Aussprache fast der Rat folgenden

Beschluss:

Der Mittelansatz des Amtes für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen zur Zahlung von Portokosten (Produktgruppe 11.01.06 / Sachkonto 54310003) wird um 650 T€ für das Jahr 2009 erhöht.

Die Deckung erfolgt im Rahmen des Rechnungsabschlusses 2009.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14 **Über- und außerplanmäßige Ausgaben, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat**

Der Rat nimmt von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß der Anlage zum Protokoll der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 29.09.2009 Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 15 **Änderung des Schulnamens des "Carl-Severing-Berufskolleg für Bekleidungstechnik, Biotechnik, Hauswirtschaft und Soziales der Stadt Bielefeld" in "Maria-Stemme-Berufskolleg der Stadt Bielefeld"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7050/2004-2009

Die Frage von Herrn Bürgermeister Grube (SPD-Fraktion), ob die übrig gebliebenen Schulen der in den 50er Jahren als Einheit gegründeten Carl-Severing-Schulen nicht hätten beteiligt werden müssen, verneint Herr Oberbürgermeister David.

Herr Bürgermeister Grube beantragt im Namen seiner Fraktion namentliche Abstimmung.

Frau Dr. Schulze (Bündnis 90/Die Grünen) berichtet, dass das Carl-Severing-Berufskolleg sich zu einem Schulsystem mit vier unabhängigen Schulen mit jeweils eigenen Profilen entwickelt habe. Auf Anregung der zukünftigen Maria-Stemme-Schule habe der Schulausschuss dem Rat die Umbenennung empfohlen, um der Schule entsprechend dem veränderten Profil einen Namen zu geben. Die Pfarrerstochter Maria Stemme habe nach ihrem Studium 1929 promoviert und von 1930 bis 1935 beim Arbeitsamt Bielefeld als Berufsberaterin gearbeitet. Bis 1945 sei sie nicht berufstätig und niemals Mitglied einer nationalsozialistischen Organisation gewesen. Maria Stemme, die 1976 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden sei, habe sich lebenslang ehrenamtlich engagiert und sei ein gutes Vorbild für die Schülerinnen des Berufskollegs. Neben der Luisenschule, dem Ceciliengymnasium, der Gertrud-Bäumer-Realschule und der Astrid-Lindgren-Schule trage jetzt auch ein Berufskolleg den Namen einer Frau.

Herr Clausen (SPD-Fraktion) erläutert, dass der Name „Carl Severing“ für das Durchsetzen von Arbeitnehmerrechten, Frauenrechten und neuen Bildungsangeboten sowie für die emanzipatorische Ausrichtung der Sozialpolitik insgesamt stehe. Für eine Schule sei es eine Ehre, den Namen Carl Severings zu tragen. Wenn Maria Stemme geehrt werden solle, müsse man nicht einer Schule den Namen wegnehmen.

Es folgt sodann die namentliche Abstimmung:

Herr Oberbürgermeister David:	Ja
Herr Bürgermeister Grube	Nein
Frau Becker	Ja
Frau Bernecker	Ja
Frau Biermann	Nein
Herr Bolte, Friedhelm	Ja
Herr Bolte, Matthias	Ja
Frau Brandi	Ja
Herr Brinkhoff	Nein
Frau Brinkmann, Dorothea	Nein
Frau Brinkmann, Petra	Ja
Herr Buschmann	Ja
Herr Clausen	Nein
Herr Delius	Ja
Herr Fortmeier	Nein
Frau Gemkow	Ja
Frau Grünewald	Ja
Herr Gutknecht	Ja
Herr Hamann	Nein
Herr Heine	Ja
Herr Henrichsmeier	Ja
Herr Hoffmann	Ja
Frau Keppler	Ja
Herr Kleimann	Ja
Herr Kögler	Ja
Herr Kranzmann	Nein
Herr Lux	Ja
Herr Meichsner	Ja
Herr Nettelstroth	Ja
Frau Niemeyer	Ja
Frau Dr. Ober	Ja
Frau Osthus	Ja
Herr Plaßmann	Nein
Herr Pollmann	Ja
Frau Rathsmann-Kronshage	Ja
Herr Rees	Ja
Herr Rüter	Ja
Herr Schaede	Nein
Herr Schmelz	Nein
Frau Schmidt	Ja
Frau Schneider	Nein
Frau Schrader	Nein
Frau Dr. Schulze	Ja
Herr Sternbacher	Nein
Herr Stucke	Nein
Herr Tsapos	Nein
Herr Dr. van Norden	Ja
Herr von Spiegel	Ja
Herr Weber, Heinz-Joachim.	Nein
Herr Weber, Michael	Ja
Frau Weißenfeld	Nein
Herr Werner	Ja
Herr Dr. Wixforth	Nein
Herr Dr. Zillies	Ja

Damit fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Das „Carl-Severing-Berufskolleg für Bekleidungstechnik, Biotechnik, Hauswirtschaft und Soziales der Stadt Bielefeld“ wird umbenannt in

„Maria-Stemme-Berufskolleg der Stadt Bielefeld“.

- mit Mehrheit beschlossen -

35 Ja-Stimmen

19 Nein-Stimmen

-.-.-

Zu Punkt 16

Erlass einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der Straße "Keilerweg"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6758/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die „Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der Straße Keilerweg zwischen Sandweg und Marderweg“ wird entsprechend der Vorlage beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-.-.-

Zu Punkt 17

Beschluss über die rechtmäßige Herstellung der Straßen Fischerheide, Krampenweg und Libellenweg gemäß § 125 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7056/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

**Die Straßen Fischerheide (zwischen der Straße Schelpmilser Weg und dem Wendeplatz nördlich des Grundstücks Fischerheide 20),
Krampenweg (zwischen der Straße Schelpmilser Weg und dem Wendeplatz nördlich des Grundstücks Krampenweg 10) und
Libellenweg (zwischen der Straße Krampenweg und dem Wendeplatz nördlich des Grundstücks Libellenweg 10 einschl. des nach Osten abzweigenden Stichwegs bis zu den Grundstücken Libellenweg 7/9)**
sind den Anforderungen des § 125 Abs. 2 i. V. m. § 1 Abs. 4 bis 7 BauGB entsprechend und damit rechtmäßig hergestellt worden.

- einstimmig beschlossen -

Herr Oberbürgermeister David ergreift anlässlich seiner letzten Ratssitzung als Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld das Wort. Er nennt einige statistische Daten zu den Ratssitzungen während seiner Amtszeit und dankt allen Ratsmitgliedern und insbesondere dem CDU-Fraktionsvorsitzenden für die konstruktive Zusammenarbeit. Seinem Nachfolger, Herrn Clausen, wünscht er viel Erfolg.

Herr Bürgermeister Grube bedankt sich im Namen des Rates bei Herrn Oberbürgermeister David für seine langjährige Tätigkeit und überreicht ihm einen Blumenstrauß.

D a v i d
Oberbürgermeister

S t u d e
Schriftführerin